

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Petra Biel
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Angelika Thwin
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Michael Kunze
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Gerold Tholen
Beigeordneter Joachim Tjaden
Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Werner Biehl

Ratsmitglied Erika Lach

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Johann Janssen

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Stadtrat Dr. Jens Gaul

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Peter Müller

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Margit Stoermer

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 12

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

4	Aktuelle Stunde	
5.1.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO durch den Rat	103/2011
5.1.2	Nachbewilligungen zum Haushalt 2011	107/2011
5.2.1	Bebauungsplan Nr. 62, 1. Änderung-Freigebiet Freiligrathstraße- Neuer Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss	81/2011
5.2.2	Bebauungsplan Nr. 94-Gewerbegebiete südliche Flutstraße-Entwurfsbeschluss	82/2011
5.2.3	Flächennutzungsplan 1973 einschließlich seiner Änderungen (e.s.Ä.) Beschluss über die Neubekanntmachung	83/2011
5.2.4	Flächennutzungsplan 1973 der Stadt Wilhelmshaven, 69. Änderung -Heppenser Groden Nord / Zum Ölhafen-Aufstellungsbeschluss	91/2011
5.2.5	Straßenbenennung für die Planstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 207 Remmelhauser Weg - West	95/2011
5.2.6	Aufhebung der Benennung der Straße "Am Schlachthof"	76/2011
5.3.1	Verordnung zur Regelung des Gemeingebrauchs am Banter See (West- und Zwischenhafen) in Wilhelmshaven	108/2011
5.4.1	Änderung der "Entgeltordnung für das Stadttheater"	100/2011
5.5.1	Wirtschaftlichkeitsvergleich Eigenreinigung/Fremdreinigung	109/2011
6.1	Kleine Anfrage Ratsfrau Aljets zu den Planungen auf dem Gelände des ehemaligen C&A-Gebäudes (Asia-Restaurant und Pflegeheim)	509/2011

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des
Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 16.02. sowie
16.03.2011

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 16.02. sowie vom 16.03.2011 werden genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Herr Janssen beantragte aus Anlass der Ereignisse in Japan eine „aktuelle Stunde“ zum Thema „Katastrophenschutz der Wilhelmshavener Bürger im Fall einer radioaktiven Bedrohung aus Esenshamm“.

An der anschließenden Diskussion um die Risiken von Atomkraft beteiligten sich die **Herren Dr. von Teichman, Westerman, Neumann, Prof. Reuter und Biehl**.

5 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat5.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus (Ratsfrau Glaser)5.1.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO durch den Rat **103/2011**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 11.04.2011 vor.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Janssen** erklärte **Herr Dr. Graul**, bei den Laptopklassen handele es sich um freiwillige Leistungen. Dabei würden pro Jahrgang einzelne Klassen komplett mit Laptops ausgestattet. Dies wurde bisher seitens der Industrie gefördert, so dass die monatliche Mietbelastung für die Eltern in einem geringen Rahmen gehalten werden konnte. Dieses Engagement sei in letzter Zeit jedoch rückläufig, so dass nun zunehmend private Sponsoren aus dem Elternverein einträten.

Frau Gastmann dankte in diesem Zusammenhang ausdrücklich allen Spendern, die durch Ihre Unterstützung die Durchführung derartiger zusätzlicher Projekte ermöglichten.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme folgender Geldspenden:

Zuwendender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
Elternverein der IGS	8.000,- €	Projekte in der Bibliothek, in den Arbeitsgemeinschaften und im Ganztagsbereich der IGS Wilhelmshaven
Kuratorium Gorch-Fock-Haus	3.000,- €	Ausstattung der zukünftigen Netbookklassen an der Freiherr-vom-Stein-Schule aus dem Erlös beim Neujahrskonzert im Gorch-Fock-Haus

5.1.2 Nachbewilligungen zum Haushalt 2011**107/2011**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 11.04.2011 vor.

Frau Bauermeister brachte folgenden **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** ein:

„Wir beantragen folgenden Zusatz in den Beschlussvorschlag aufzunehmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Museumsschiffe ein tragfähiges, langfristig angelegtes Konzept zu erarbeiten, das u.a. folgende Elemente enthält: Zukünftiger Standort der Schiffe, Nutzungskonzept, Instandhaltungsqualität, Unterhaltungskosten in den nächsten 5 Jahren.“

Dies begründete sie damit, dass zu befürchten sei, dass die jetzt anfallenden Kosten nicht die einzigen bleiben würden. Aus diesem Grund müsse ein Konzept über die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Museumsschiffe für die Zukunft erstellt werden. Zudem betrachte man mit großer Sorge die Herkunft der nachbewilligten Mittel.

Herr Hellwig hielt den Änderungsantrag zum jetzigen Zeitpunkt für wenig sinnvoll. Ein Konzept sei sicherlich erforderlich; er halte dies jedoch im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen für passender. Der dringende Handlungsbedarf sei unbestritten und es sei keine Frage, die Mittel zu bewilligen. Doch bitte er auch, den Rat in dieser Angelegenheit fortlaufend über die Kostenentwicklung zu informieren.

Herr Tjaden machte darauf aufmerksam, dass seitens des Rates für die Unterhaltung der Museumsschiffe in der Vergangenheit regelmäßig zu wenig Geld zur Verfügung gestellt worden sei. Für ihn stelle die Entscheidung über die Nachbewilligung auch eine Entscheidung über die Zukunft des Schiffes dar: Solle es erhalten werden oder nicht? Sofern es erhalten werden solle, sei eine Überholung dringend erforderlich. Den Änderungsantrag der FDP halte er für überflüssig, da das Thema seines Wissens ohnehin durch die Verwaltung ständig geprüft und bearbeitet werde.

Herr Neumann stimmte seinen Vorrednern zu: Es bestehe zunächst akuter Handlungsbedarf für die Instandsetzung des Schiffes. Zum nächsten Haushalt könne dann auch in einem zweiten Schritt über ein Handlungskonzept nachgedacht werden. Seine Fraktion halte den Antrag daher für überflüssig und werde diesen ablehnen.

Herr Biehl erklärte, er könne bislang nicht erkennen, dass bereits ein Handlungskonzept vorliege, wie von Herrn Tjaden angedeutet. Er halte es für sinnvoll, wenn seitens der Verwaltung ein tragfähiges langfristiges Konzept zu den nächsten Klausurberatungen vorgelegt würde. Aus diesem Grunde werde seine Fraktion sowohl dem Antrag als auch der Vorlage zustimmen.

Herr Dr. von Teichman verlieh seinem Unverständnis gegenüber der Haltung bezüglich des Änderungsantrages Ausdruck. Er befürchte, dass die Thematik bei einem weiteren Aufschub wieder in Vergessenheit gerate. Es sei wichtig, das weitere Vorgehen bezüglich der Museumsschiffe in ein Handlungskonzept münden zu lassen.

Oberbürgermeister Menzel fasste zusammen: Es bestehe unbestritten Einigkeit bezüglich der Notwendigkeit und der Dringlichkeit der Nachbewilligung. Er wolle an dieser Stelle auf die gute Arbeit der Segelkameradschaft „Klaus Störtebeker“ aufmerksam machen, die es in den vergangenen Jahrzehnten geschafft habe, das Schiff im Auftrag der Stadt zu unterhalten, obwohl dazu eigentlich die Stadt als Eigentümerin verpflichtet sei. Bezüglich des weiteren Vorgehens seien zunächst einmal die Erkenntnisse aus der Begutachtung des Schiffes im Dock abzuwarten. In einem weiteren Schritt müsse gemeinsam mit dem Verein das zukünftige Vorgehen im Rahmen eines Konzeptes abgestimmt werden. Aus den genannten Gründen halte er den Änderungsantrag für nicht erforderlich. Er sichere zu, den Rat über die weitere Entwicklung in dieser Angelegenheit zu unterrichten. Die Erwartung, dass eine kostendeckende Bewirtschaftung der Museumsschiffe möglich sei, sei jedoch illusorisch.

Herr Hellwig machte nochmals darauf aufmerksam, dass der Änderungsantrag der FDP-Fraktion nichts mit der dringend notwendigen Summe für die Reparatur zu tun habe: Die Mittel für die Reparatur müssten umgehend zur Verfügung stehen; über das weitere Umgehen mit den Museumsschiffen sei in einem zweiten Schritt zu verhandeln.

Herr Radmer verdeutlichte abschließend die Notwendigkeit einer ebenfalls zeitnahen Erstellung eines Handlungskonzeptes.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abgestimmt:

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wurde mehrheitlich abgelehnt (bei Ja-Stimmen von FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Janssen).

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 40 Abs. 1 Nr. 8 NGO die vorgelegte Nachbewilligung nach § 89 NGO zum Haushalt 2011.

5.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Rech)**5.2.1 Bebauungsplan Nr. 62, 1. Änderung - Freigebiet Freiligrathstraße - Neuer Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss 81/2011**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 29.03.2011 vor.

Herr Barkowsky erklärte, es hätten sich nach dem Ratsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 62 aus dem letzten Jahr Änderungen im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes ergeben, die einen neuen Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss erforderten. Dazu erläuterte Herr Barkowsky kurz den Sachverhalt. Mit dem heutigen Beschluss könne die zentrale Sportanlage Freiligrathstraße auf den weiteren Weg gebracht werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

In Abänderung des Aufstellungsbeschlusses vom 17.11.2010 beschließt der Rat der Stadt Wilhelmshaven aufgrund des § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) erneut die Aufstellung der **1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 62 -FREIGEBIET FREILIGRATHSTRASSE-** im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 Abs.1 und 4 Abs.1 BauGB. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt gleichzeitig dem Entwurf zu und beschließt, diesen mit Begründung vom 24.02.2011 einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

5.2.2 Bebauungsplan Nr. 94 - Gewerbegebiete südliche Flutstraße - Entwurfsbeschluss 82/2011

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 29.03.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des **Bebauungsplans Nr. 94 - GEWERBEGEBIETE SÜDLICHE FLUTSTRASSE-** zu und beschließt, diesen mit Begründung vom 28.02.2011 einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

5.2.3 Flächennutzungsplan 1973 einschließlich seiner Änderungen (e.s.Ä.) Beschluss über die Neubekanntmachung 83/2011

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 29.03.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §6 Abs.6 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die **Neubekanntmachung des Flächennutzungsplanes 1973 e.s.Ä.** gemäß Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

5.2.4 Flächennutzungsplan 1973 der Stadt Wilhelmshaven, 69. Änderung **91/2011**
- Heppenser Groden Nord / Zum Ölhafen - Aufstellungsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 29.03.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung der 69. Änderung des **Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven** - HEPPENSER GRODEN NORD / ZUM ÖLHAFEN - gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

5.2.5 Straßenbenennung für die Planstraße im Geltungsbereich des **95/2011**
Bebauungsplanes 207 Remmelhauser Weg - West

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 29.03.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Planstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 207 Remmelhauser Weg – West wird benannt als „Marktgemeinde-Bromberg-Weg“.

5.2.6 Aufhebung der Benennung der Straße "Am Schlachthof" **76/2011**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 29.03.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Aufhebung der Benennung der Straße „Am Schlachthof“

5.3 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Beigeordneter Dr. von Teichman)

5.3.1 Verordnung zur Regelung des Gemeingebrauchs am Banter See **108/2011**
(West- und Zwischenhafen) in Wilhelmshaven

Herr Dr. von Teichman trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.04.2011 vor.

Herr Hellwig bat die Verwaltung zur Vorsicht im Umgang mit dem Begriff „Naherholungsgebiet“. Dieser sei EU-Wasserrahmenrechtlich bereits klar belegt. Zudem bitte er, in das Konzept auch Fahrregeln für die genehmigten Fahrzeuge auf dem Banter See einzurichten.

Herr Biehl merkte an, die Verordnung komme aus Sicht seiner Fraktion zu früh. Dort erachte man ein solches Regelwerk erst als Teil eines Gesamtkonzeptes für den Banter See als sinnvoll. Die Grünen werden daher den Beschlussvorschlag ablehnen.

Herr Weerda bat um Auskunft, wie die Verwaltung nach Inkrafttreten der Verordnung die Einhaltung der Vorschriften zu kontrollieren gedenke.

Herr Dr. Graul erklärte, die Ausnahmegenehmigungen für die Wasserfahrzeuge würden erst auf Antrag erteilt. Die Verwaltung werde sich dabei von der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragsteller überzeugen und gehe zunächst, sozusagen als „Vertrauensvorschuss“, von der Einhaltung der Vorschriften aus. Sollten Regeln nicht eingehalten werden, führe dies selbstverständlich zu einer entsprechenden Ahndung.

Herr Harms merkte in Richtung der Bedenken von Herrn Biehl an, dass für den Fall neuer Erkenntnisse aus den Gutachten bereits erteilte Genehmigungen laut Verordnung auch widerrufen werden könnten.

Herr Barkowsky ergänzte, die SPD-Fraktion sehe die Verordnung als sichere Rechtsgrundlage für die Nutzung des Banter Sees. Die von Herrn Biehl genannten Gutachten für ein Gesamtkonzept befassten sich zudem mit der Beseitigung des Algenproblems, wohingegen die heutige Verordnung die Befahrbarkeit des Gewässers regele. Es handele sich somit um zwei verschiedene Themen.

Herr Westerman lobte das Konzept als Mittel zur Belebung und damit auch zur Steigerung der Attraktivität des Banter Sees. Sollten sich Probleme in der praktischen Umsetzbarkeit der Verordnung zeigen, gebe es immer Möglichkeiten, nachzubessern.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die „Verordnung zur Regelung des Gemeingebrauchs am Banter See (West- und Zwischenhafen) in Wilhelmshaven“

5.4 Kulturausschuss (Ratsfrau Stoermer)

5.4.1 Änderung der "Entgeltordnung für das Stadttheater"

100/2011

Herr Hartmann trug den Beschlussvorschlag des Kulturausschusses vom 11.04.2011 vor.

Frau Biester, Herr Dr. von Teichman sowie **Herr Adam** bestätigten die Notwendigkeit einer Preiserhöhung und unterstrichen die Bedeutung des Stadttheaters als kulturelle Einrichtung.

Zwischen **Frau Biester** und den **Herren Adam** und **Oberbürgermeister Menzel** wurde anschließend die Frage der Verpflichtung des Landes zur Unterstützung der Landesbühne diskutiert.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Änderung der Entgeltordnung des Stadttheaters ab der Spielzeit 2011/2012 wird zugestimmt.

5.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude
(Beigeordneter Hellwig)

5.5.1 Wirtschaftlichkeitsvergleich Eigenreinigung/Fremdreinigung

109/2011

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 07.04.2011 vor.

Er machte darauf aufmerksam, dass die Frage bereits seit geraumer Zeit offen sei und auch die bisherigen Ratsbeschlüsse zu diesem Thema nicht zu einer klaren Entscheidung geführt hätten. Da sich zwischenzeitlich die Rahmenbedingungen geändert hätten, sei es an der Zeit, die Verfahren erneut auf den Prüfstand zu stellen und den Rat darüber abschließend entscheiden zu lassen. Das Vorgehen sei mit dem Personalrat abgestimmt, so dass der Rat dem Beschlussvorschlag ohne Bedenken zustimmen könne.

Herr Kempcke ergänzte, das Thema sei im Betriebsausschuss ausgiebig erörtert worden. Seit dem letzten Ratsbeschluss habe sich die Tariflandschaft im Bereich der Reinigungsdienstleistungen geändert. Zudem sei bislang auch die Qualität der Reinigung als wesentliches Bewertungskriterium unberücksichtigt geblieben. Diese Dinge müssten nunmehr in den neuen Wirtschaftlichkeitsvergleich einfließen, um diesen real gestalten zu können. Damit solle außerdem endgültig die Diskussion um die Vorteile und Nachteile von Erledigung durch private Anbieter beendet werden. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Dr. von Teichman bezog sich auf das VEBERAS-Gutachten, laut dem die Gebäudereinigung den größten Kostenfaktor darstelle und das eine sofortige Privatisierung dieser Dienstleistung empfehle. Auch der ehemalige Kämmerer habe sich für eine Privatisierung eingesetzt, indem laut Ratsbeschluss die Umstellung von der Eigenreinigung auf die Fremdreinigung durch die „natürliche Fluktuation“ fortgesetzt werden sollte. Seiner Meinung nach gebe es daher für den heute vorgelegten Beschlussvorschlag keinen Grund. Die FDP-Fraktion werde diesen ablehnen.

Herr Tjaden verlieh seinem Unverständnis gegenüber der Aussage von Herrn Dr. von Teichman Ausdruck. Auch er selbst sei prinzipiell nicht gegen eine Privatisierung, doch solle seines Erachtens die sich hier bietende Chance genutzt werden, um einmal die Leistungen sowie die Arbeitsbedingungen von privaten Anbietern mit denen der kommunalen Kräfte vergleichen zu können. Anhand verschiedener Beispiele machte Herr Tjaden auf die mittlerweile geänderten Rahmenbedingungen aufmerksam. Er sehe somit sehr wohl einen Grund, beide Varianten einer erneuten Prüfung zu unterziehen.

Herr Prof. Reuter merkte an, dass auch der Rat sein Handeln auf den Prüfstand stellen müsse und aus diesem Grunde von Zeit zu Zeit Überprüfungen notwendig seien.

Herr Hellwig ergänzte, dass auch eine Privatisierung für die Verwaltung nicht die Lösung aller Probleme darstellen könne. Zudem verweise er auf den Beschlussvorschlag, laut dem die Prüfung ergebnisoffen vorgenommen werden solle. Aus diesem Grunde könne er die Bedenken von Herrn Dr. von Teichman nicht nachvollziehen.

Herr Biehl merkte an, dass auch das Ergebnis des Veberas-Gutachtens nicht mehr als aktuell bezeichnet werden könne, zum Beispiel hätten sich zwischenzeitlich die zu reinigenden Flächen an den einzelnen Schulen geändert. Dennoch zeige er sich skeptisch hinsichtlich des Ergebnisses dieses neuen Wirtschaftlichkeitsvergleiches, da es seiner Meinung nach äußerst schwierig werden dürfte, absolut vergleichbare Objekte für den Test zu finden.

Abschließend machte er auf die schwierigen Arbeitsbedingungen der Reinigungskräfte aufmerksam.

Herr Radmer mahnte die ausführliche laufende Information des Rates durch die Verwaltung an. Würden Änderungen umgehend dem Rat mitgeteilt, wäre seines Erachtens dieser erneute Wirtschaftlichkeitsvergleich nicht erforderlich. Sollte dieser aber durchgeführt werden, halte er es für wichtig, auch die Nutzer der Reinigungsdienstleistungen in den Vergleich mit einzubeziehen. Daher beantrage er für die FDP-Fraktion folgende **Ergänzung des Beschlussvorschlages**:

„Die Qualitätsbeurteilung der ausgeführten Arbeiten erfolgt durch Beauftragte von GGS, Personalrat und durch die jeweiligen Nutzer der Objekte.“

Herr Kempcke machte darauf aufmerksam, dass dies bereits in der Begründung des Beschlussvorschlages enthalten sei.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wurde in der anschließenden Abstimmung bei 5 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Eigenbetrieb GGS wird beauftragt, einen ergebnisoffenen Wirtschaftlichkeitsvergleich Eigenreinigung/Fremdreinigung durchzuführen. *Die in diesem Vergleich ermittelten Daten dienen als Grundlage für weitere Entscheidungen in Bezug auf die Reinigung der städtischen Gebäude.

* **BGGs: ab dem 15.08.2011 (Schuljahresbeginn nach den Sommerferien)**

6 Kleine Anfragen

6.1 Kleine Anfrage Ratsfrau Aljets zu den Planungen auf dem Gelände 509/2011 des ehemaligen C&A-Gebäudes (Asia-Restaurant und Pflegeheim)

Frau Aljets trug folgende Kleine Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor:

„In der Wilhelmshavener Zeitung vom 29.März 2011 wurde unter der Überschrift: „Asia-Restaurant auf 1000 Quadratmetern“ berichtet

„Die Konzeption steht und verspricht eine Attraktion. Im Erdgeschoss soll ein Asia-Restaurant auf 1000 Quadratmetern die Gäste mit „Show-Cooking“ locken, so Schlösser. Zudem können sich die Gäste die Gerichte selber zusammenstellen und zusehen, wenn sie im Wok gebrutzelt werden. Schlösser verhandelt zudem mit einer Textil-Kette für weitere 2000 Quadratmeter Fläche. Den Firmennamen wollte er nicht nennen. Im 1. Obergeschoss soll ein Altenpflegeheim Einzug halten, in der Etage darüber will Schlösser altengerechte Wohnungen bauen, deren Bewohner bei Bedarf von den Pflegekräften des Altenpflegeheimes mit betreut werden können.“

Ich frage die Verwaltung:

- 1. Ist die Planung mit der Stadt Wilhelmshaven abgestimmt?*
- 2. Wie viele Pflegeplätze gibt es in Wilhelmshaven zur Zeit und welche Plätze stehen davon leer?*
- 3. Wie viele Pflegeplätze sind nach Kenntnis der Stadt im Bau oder in Planung?*
- 4. Hält die Stadt Pflegeplätze in der vom Betreiber angestrebten Lage für sinnvoll bzw. für verantwortbar?*

5. *Das Landespflegegesetz in Niedersachsen sieht die Erstellung örtlicher Pflegepläne und deren Fortschreibung vor. Diese Berichte sollen die Grundlage für die örtliche Pflegeplanung sein. Wird die Stadt für Wilhelmshaven einen solchen Pflegeplan in der nächsten Zeit erstellen?“*

Herr Stoffers antwortete dazu wie folgt:

„Zu Punkt 1.

Der Heimaufsicht Wilhelmshaven ist das Projekt C&A-Gebäude nur aufgrund von Presseartikeln bekannt geworden. Anfragen an die Heimaufsicht seitens des Investors oder eines zukünftigen Betreibers erfolgten bisher nicht. Die Heimaufsicht wird als Träger öffentlicher Belange im Rahmen eines zu erfolgenden Baugenehmigungsverfahrens beteiligt und kann dann dazu Stellung nehmen. Drei Monate vor Inbetriebnahme hat der zukünftige Betreiber einer Pflegeeinrichtung gemäß Heimgesetz die Aufnahme des Betriebes bei der Heimaufsicht anzuzeigen und im Rahmen dessen entsprechende erforderliche Unterlagen vorzulegen. Eine Betriebserlaubnis ist nach dem Heimgesetz nicht vorgesehen, es besteht lediglich eine Anzeigepflicht, im Rahmen derer die Heimaufsicht die Überprüfung des Trägers auf Zuverlässigkeit und Erfüllung der Voraussetzungen zum Betrieb einer entsprechenden Einrichtung vornehmen kann. Sollte hier die Prüfung negative Punkte ergeben, kann lediglich bis zu einer eventuellen Nachbesserung durch den Anzeigepflichtigen die Aufnahme des Betriebes zu einem bestimmten Zeitpunkt untersagt werden. Es besteht auch keine Möglichkeit der Kommune mehr zu einer Bedarfsprüfung im Hinblick auf die Erforderlichkeit entsprechender Einrichtungen.

Zu Punkt 2.

In Wilhelmshaven sind zurzeit 25 vollstationäre Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 1.155 Plätzen vorhanden, von denen mit Stand vom 04.04.2011 44 Plätze leer stehen. Dieser Leerstand in der Größenordnung zwischen 40 und 50 Plätzen ist bereits seit mehreren Jahren zu verzeichnen.

Zu Punkt 3.

In Bau befinden sich aktuell 11 Plätze (An- und Umbau eines vorhandenen Altenpflegeheimes von dann 69 auf 80 Plätze).

Geplant ist weiterhin ein Anbau eines Pflegeheimes für geronto-psychiatrisch veränderte Menschen mit insgesamt 47 Plätzen.

Der Umbau des Pauline-Ahlsdorff-Hauses erfolgt pflegeplatzneutral.

Beim St. Willehad Hospital ist der Neubau einer vollstationären somatischen Pflegeeinrichtung mit insgesamt 115 Plätzen vorgesehen.

Zu Punkt 4.

Seitens der Heimaufsicht könnte der Standort des ehemaligen C&A-Gebäudes mit einem Asia-Restaurant im Erdgeschoss und einem Pflegeheim im 1. OG nicht für optimal gehalten werden. Sicherlich gibt es in Wilhelmshaven auch Einrichtungen die über mehrere Etagen gehen bzw. zwei Einrichtungen, **die nicht im Erdgeschoss beginnen**. Dabei handelt es sich aber um Einrichtungen, die wesentlich älter als 10 Jahre sind und bei denen die Bestimmungen der Heimmindestbauverordnung eingehalten wurden. Der Heimaufsicht sind die Planungen beim C&A-Gebäude, wie bereits ausgeführt, auch nicht bekannt, insofern kann auch keine Prüfung der Frage erfolgen, ob für die Bewohnerinnen und Bewohner des geplanten Pflegeheimes ein "gesicherter Aufenthalt im Freien" gewährleistet werden kann, eine der neuen Prüfkriterien im Rahmen des Transparenzverfahrens. § 11 Abs.1 Ziffer 6 des Heimgesetzes sagt daneben aus, dass der Träger "eine angemessene Qualität des Wohnens" zu erbringen hat, was bedeutet, dass die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner sich in ihrem

neuen Lebensumfeld wohlfühlen sollen. In diesem Zusammenhang darf die Heimaufsicht auf die von einem Restaurant mit Sicherheit ausgehenden Gerüche hinweisen, die zu einer Einbuße der Lebensqualität der PflegeheimbewohnerInnen führen werden, wenn nicht entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Außerdem wird es durch das sehr große Asia-Restaurant (Betrieb wahrscheinlich bis in späte Nachtstunden) und dem geplanten Textil-Markt auf 2000 qm aus der Sicht der Heimaufsicht zu einem nicht unerheblichen Zu- und Abgangsverkehr kommen, und dies über vier umlaufende Straßen, was wohl nicht dem Ruhebedürfnis pflege- und schwerstpflegebedürftiger Menschen entsprechen dürfte.

Zu Punkt 5.

Der aktuelle Stand bezüglich der Pflegesituation in der Stadt Wilhelmshaven wird laufend überwacht und kann jederzeit abgerufen werden. Wie unter Punkt 1. aber bereits ausgeführt, besteht keine Möglichkeit einer Bedarfsprüfung im Hinblick auf die Erforderlichkeit von Pflegeeinrichtungen. Unter der Voraussetzung eines momentanen Überangebotes an Pflegeplätzen, ohne dass weitere Anbieter aufgrund gesetzlicher Vorschriften vom Markt ferngehalten werden können, kann mit dem Pflegeplan nur das momentane Angebot abgebildet werden. Dabei bleibt festzuhalten, dass für alle Pflegesituationen ein ausreichendes Angebot vorhanden ist.“

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde (§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Es lagen keine Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung (§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Martin bat bezüglich **Tagesordnungspunkt 5.2.4** „Flächennutzungsplan 1973 der Stadt Wilhelmshaven, 69. Änderung – Heppenser Groden Nord / Zum Ölhafen – Aufstellungsbeschluss“ um Auskunft, inwieweit sich der Rat bereits mit der Frage der Sicherheit und der Immissionen bei der Anlandung von Gastankern beschäftigt habe.

Herr Kottek erklärte, der Rat werde sich damit im Rahmen des Entwurfsbeschlusses beschäftigen, wenn alle Fakten vorlägen und nicht bereits bei der Verabschiedung Aufstellungsbeschlusses.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:55 Uhr

gez.

Schmidt
Ratsvorsitzender

gez.

Menzel
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin